

## Kasernen statt Wohnungsbau

### Überall wird eingespart — Stalinallee hat höchste Reparaturkosten

Am Strausberger Platz sitzen einige tausend verdiente SED-Bürger und frieren zum Gotterbarmen. Die Heizerbrigade Timm vom Stalinallee-Fernheizwerk hat sich ein „Persönliches Konto“ angelegt. Jede Tonne Kohle, die sie einsparen hilft, wird ihr zu einem Prozentsatz gutgeschrieben. Das Heizwerk ist gerade erst angelaufen und die Brigade hat schon eine gute Menge eingespart. Dafür sitzen die Mieter in den Wohnungen bei 14 Grad. Aber sind sie nicht trotzdem zu beneiden? Denn was wird aus den mehr als 90 000 Wohnungsuchenden in Ostberlin, für die der Ostmagistrat 1955 insgesamt 2300 über den normalen Amtsweg verfügbare Wohnungen bauen will?

Dieser Tage haben die volkseigenen Wohnungsbauunternehmen Ostberlins ihre Einsparpläne für 1955 erhalten. Was sie verbauen dürfen, wissen sie damit noch nicht, wohl aber, was sie von dem, was sie nicht wissen, einzusparen haben. Und gespart werden muß: An der Deckenkonstruktion, an der Inneneinrichtung, den Kellerräumen, den Heizungsanlagen, der Badeeinrichtung und tausend anderen Dingen mehr.

### Bis zur Regenrinne . . .

Da ist zum Beispiel ein Verdienter Einsparer auf die Idee gekommen, daß man Innen Türen bis auf einen nicht zu umgehenden Holzrahmen aus einer einzigen Harthausplatte fertigen kann. Diese Türen haben einen Doppelrollenverschluß, bei dem man Klinken und Schlösser spart. Kommt ein kräftiger Windstoß, fliegen sämtliche Stubentüren mit Ausnahme der Wohnungstür auf. In der Innenarchitektur dominiert der einfache Fensterrahmen — und obendrein baut man kleinere Heizkörper ein. Flachdächer sparen den Dachstuhl, Regenrinnen bestehen aus einer zwar feuerfesten, aber leider nicht frostbeständigen Kunststoffmasse. Steinholzfußböden sind zwar kalt, aber holzeinsparend, für Einbauschränke werden Nischen gebaut, zu

denen man sich selbst die Holzverschalung besorgen muß.

80 Prozent der geplanten Wohnungen gehen an die Betriebe, die den Bau dafür mitfinanzieren müssen. Entscheidend für die Abgabe einer Wohnung ist die Arbeitsleistung.

Prekär ist die Frage des Baumaterials. Es fehlt an allem, nicht nur an Holz. Viele Betriebe können die ihnen versprochenen Wohnungen nur dann termingemäß erhalten, wenn sie sich an der Materialsuche beteiligen.

Einer der Gründe für die auffällige Verzögerung vieler bereits halbfertiger Bauten ist die SED-Kampagne um die Senkung der Baukosten. Bauarbeiter war bisher in der Zone ein gut bezahlter Beruf. Die neue SED-Anordnung, die Baukosten durch Reduzierung der Löhne zu senken, hat vielen Bauarbeitern die Lust genommen. Manche Anzeichen deuten daraufhin, daß ein großer Teil der oft erst ungeschulten Bauarbeiter in die Schwerindustrie abwandern wird, die zur Zeit bessere Verdienstmöglichkeiten bietet. Dazu kommt, daß die Bau-Unionen, die meist für Rüstungs- und KVP-Bauten eingesetzt werden, jeden Bauarbeiter durch Zahlung höherer Löhne vom Wohnungsbau wegzulocken versuchen.

Die wahren Gründe für die in der Zone ungewöhnlich hoch liegenden Baukosten liegen in der Planung und nicht in der Fertigung. Auf einer Konferenz des Nationalen Aufbaustabes, die Anfang Januar in Ostberlin durchgeführt wurde, hat man zugegeben, daß die gewiß noch nicht lange existierende Stalinallee bereits heute die höchsten Reparaturkosten aufzuweisen hat.

### Schlechte Planung

Wenn eingespart wird, wo nichts einzusparen ist, muß etwas fehlen. Die Stalinallee mit ihren vielfältigen Mängeln ist ein Beispiel dafür. Nicht anders die Neubaublocks an der Kniprodestraße. Was hier an Baumaterial eingespart wurde, geht der SED in drei Monaten an dafür erforderlichen Mehrverbrauch an Kohle verloren. Die „Tägliche Rundschau“ führte kürzlich Klage darüber, daß soeben erst aufgebaute Häuser schon wieder aussehen, als hätten sie „einen Bombenkrieg hinter sich“.

Offenkundig ist, daß die SED sich für 1955 nicht genau zahlenmäßig auf den Wohnungsbau in Ostberlin festlegen will. Sie spricht von „Betriebsinitiative“ und „Arbeiterwohnungsbau“. Nicht jeder aber kann sich unter den in der Zone herrschenden Material- und Bewilligungsschwierigkeiten ein Eigenheim hinstellen. Vor allem nicht in Ostberlin. Man darf gespannt sein, was die SED bei der ebenfalls verzögerten Bekanngabe ihres Volkswirtschaftsplans für 1955 zum Thema Wohnungsbau zu sagen hat. Die Wahrheit — Kasernen statt Wohnungen — dürfte dabei kaum zur Sprache kommen.



## Die Pakete und die Menschlichkeit

Das kommunistische Regime der Ulbricht-Grotewohl hat sich neue Unmenschlichkeiten und Schikanen gegen die Bevölkerung der Sowjetzone ausgedacht. Nach einer neuen sowjetzonalen Verordnung dürfen Bewohner der Zone monatlich nur noch ein Paket aus Westdeutschland, Westberlin oder dem Ausland bekommen.

Die Gründe für diese haarsträubenden Beschränkungen der einfachsten Freiheiten der Bevölkerung liegen auf der Hand. Erstens antwortet man auf die Ratifizierung der Pariser Verträge mit Schikanen. Zweitens ist nach einer vorübergehenden Besserung im vorigen Jahr die Versorgungslage der gesamten Zone wieder so katastrophal geworden, daß die Unterschiede gegenüber den reich bestückten Geschäften des Westens und gegenüber der gesicherten Deckung jeden Bedarfes immer krasser geworden sind.

Um die Unmenschlichkeit voll zu machen, geht man so weit, zu verbieten, daß den Paketen Medikamente beigelegt werden, sofern nicht etwa das Rezept eines sowjetzonalen Arztes beigelegt ist. Außerdem ist als kleine Nebenschikane das Beilegen luftdicht verschlossener Konserven verboten. Stoffe und Bekleidung dürfen in den Paketen nur 20 Mark wert sein.

### Serie von Schikanen

Überblickt man die Reihe der sowjetzonalen Sperrmaßnahmen der letzten Wochen, so sieht man ganz klar, was vorgeht. Vor Weihnachten wurde plötzlich verboten, in den HO-Geschäften und -Restaurants des Sowjetsektors Waren und Lebensmittel an Westberliner und Westdeutsche zu einem anderen Kurse als 1 : 1 in Westmark abzugeben. Die Reisenden aus Westdeutschland in die Zone bekommen keine Lebensmittelkarten mehr und müssen auch zum Kurse 1 : 1 die doppelt und dreifach überhöhten Preise der HOs bezahlen. Vor wenigen Tagen wurde untersagt, private

Unterstützungszahlungen vom Westen nur an Verwandte und Freunde in der Zone auf dem regulären Post- und Bankwege weiterhin vorzunehmen. Man fürchtet sogar die geringe Erhöhung der Kaufkraft aus solchen Zahlungen.

Es ist dabei nur ein schlechter Witz, wenn in den neuen Verordnungen untersagt wird, aus der Sowjetzone Fleisch, Fett, Milchpulver, Eier und Zucker nach Westen zu versenden. Und es ist auch nur ein Augenpulver für Ahnungslose, wenn jetzt, zum Unterschied der Zeit vor Weihnachten, in den HOs des Ostsektors von Berlin „wieder alles zu haben sein soll“. Wie sieht es dafür in Leipzig, Dresden und Schwerin aus?

### Verlegene Lügen

Daß die Dinge ernst sein müssen, ging aus einem Artikel der kommunistischen „Berliner Zeitung“ vor einigen Tagen hervor. Da wurde gefragt, warum in der Zone das Angebot an „wohlschmeckenden und vitaminreichen Südfrüchten, Apfelsinen, Bananen, Mandarinen für unsere Kinder noch so gering“ sei? Die Antwort lautete, weil z. B. ein gewisser Schieber Marbach für 40 000 Ostmark Ferngläser, Fotoapparate und Büromaschinen mit falschen Ausweisen im Ostsektor für Ostmark gekauft und nach dem Westen mit Wuchergewinn verkauft habe. Dadurch habe die Zone solche Devisenverluste erlitten, daß Marbach geradezu den vielen Kindern der Zone die Apfelsine, die Banane oder

Mandarine vom Munde geraubt habe.

Die abgründige Infamie, eine Abhängigkeit zwischen dem totalen Südfrüchtemangel und relativ geringen Wirtschaftsvergehen konstruieren zu wollen und den Westen zu beschimpfen, ist kaum zu überbieten. Im übrigen hat die westdeutsche Industrie gar kein Interesse an einer illegalen Einfuhr ostzonaler Industrieerzeugnisse, ja, das Problem sowjetzonaler Industrieerzeugnisse bildet sogar einen Punkt nicht geringer Schwierigkeiten bei den Interzonen-Handelsvertragsverhandlungen.

Daß die Notlage der Sowjetzonen-Bevölkerung die Grenze des menschlich Erträglichen und politisch zu Duldenen immer noch bei weitem überschreitet, geht täglich daraus hervor, daß der Drang der Zonenbevölkerung, in den reich bestückten Läden Berlins einzukaufen, unvermindert anhält.

Die Leute aus dem Osten tauschen bei uns ihre Ostmark, um die Westmark zu bekommen, mit der sie hier einkaufen können. Die Ostmark, die dabei in Westberlin täglich anfällt, ist schwer verwendbar, weil es jenseits des Potsdamer Platzes nichts zu kaufen gibt oder man nicht frei kaufen darf. Und darum ist ohne die geringste Schuld unsererseits ihr Kurs so schlecht, daß das bekannte Preisgefälle zwischen Ost und West entsteht. Es spiegelt die tatsächliche Versorgungslage auf beiden Seiten.

## „Durch und durch antireligiös“

### Kirchliche Erklärungen zur „Jugendweihe“

Berlin (DPA). Als eine neue Form der Gewissensvergewaltigung hat die Berliner katholische Wochenzeitung „Petrusblatt“ die in der Sowjetzone geplanten Jugendweihen bezeichnet. Der vom Zentralen Ausschuß für Jugendweihen veröffentlichte Themenplan sehe eine „durch und durch antireligiöse“ Unterweisung der Jugend in den Vorbereitungskursen auf die Jugendweihe vor.

In zehn „Jugendstunden“ sollen die vierzehnjährigen Jungen

und Mädchen in aufgelockerter und ihrem Alter angepaßten Methode mit dem dialektischen und historischen Materialismus vertraut gemacht werden und lernen, „das Heil der Menschheit von der Kommunistischen Partei zu erwarten“.

Berlin (Eigenmeldung). Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof D. Dibelius, hat in einem Hirtenbrief an die Pfarrer und Gemeinden der Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg darauf hingewiesen, daß Kinder, die sich einer Jugendweihe unterziehen, nicht konfirmiert werden dürfen,



## Heuss kommt zur „Grünen Woche“

Berlin (Eigenmeldung). Bundespräsident Theodor Heuss wird am 27. Januar zu einem fünftägigen Besuch in Berlin eintreffen. Er eröffnet die „Grüne Woche Berlin 1955“ und wird u. a. auf einer Kundgebung des „Deutschen Bauernverbandes“ sprechen. Der Bundespräsident wird auch am Montag, dem 31. Januar, an seinem 71. Geburtstag, in Berlin weilen.

## Deutsche Heimat im Osten

Berlin (DPA). Eine Ausstellung „Deutsche Heimat im Osten, die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße“, haben der Berliner Landesverband der Vertriebenen und die Zentralstelle ostdeutscher Lehrer und Erzieher in dieser Organisation im Haus der ostdeutschen Heimat am Kaiserdamm in Westberlin eröffnet.

## Zuchthaus für SED-Spion

### Urteil des Bundesgerichtshofes

Karlsruhe (AP). Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat nach dreitägiger Verhandlung den 27-jährigen Joachim Mosel aus Niederlahnstein wegen Landesverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Mosel, der Mitglied der SED und der FDJ ist, war 1951 im Auftrag sowjetzonaler Stellen in die Bundesrepublik gekommen und dem Bundesgrenzschutz beigetreten. Er hatte von seinen Einheiten in Aachen und Lübeck Geheimnisse an seine Auftraggeber weitergeleitet.

## Auf 16,85 Millionen zurückgegangen

Berlin (DPA). Die Bevölkerung der Sowjetzone (ohne Ostberlin) hat sich nach einer Schätzung des Instituts für Wirtschaftsforschung in Westberlin durch die Fluchtbewegung seit Ende 1953 auf gegenwärtig etwa 16,85 Mill. vermindert.

Das Institut gibt die effektiven Flüchtlingszahlen für 1954 mit 180 000 bis 200 000 an. Diesen Zahlen wird der Geburtenüberschuß der Sowjetzone im ver-

## Clement Attlee in Berlin

### „Stärkt den Westen für friedliche Koexistenz!“

Berlin (Eigenbericht / DPA / AP). Der britische Oppositionsführer und Vorsitzende der Labour Party, Clement Attlee, hat anlässlich eines kurzen Berlin-Besuchs in einem Vortrag in der Freien Universität eine Koexistenz zwischen Ost und West befürwortet. Attlee, der eine Reihe von Ernst-Reuter-Gedenkvorlesungen eröffnete, sagte, die Menschheit stehe heute folgender Aussicht gegenüber: entweder werde ein Überkommen getroffen, sich des Krieges zu enthalten, oder die Zivilisation werde zerstört. Zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands sagte Attlee anschließend vor Pressevertretern, daß das Problem so bald wie möglich gelöst werden müsse.

Europa kann nach Ansicht

Attlees nur überleben, wenn es seine alte Konzeption von absoluter Souveränität aufgibt und eine größere Integration erreicht. Er sei nicht für eine Art dritte Kraft, die mit der Sowjetunion und den USA rivalisiert, sondern für eine enge Zusammenarbeit mit den überseeischen Demokratien und eine umfassende Welt-Kooperation.

Europa müsse erkennen, daß seine jahrhundertalte Hegemonie dahinschwinde. Trotzdem habe es noch eine Schlüsselstellung in der Weltpolitik inne, und bei einheitlicher Aktion verfüge es über Kräfte, die denen der großen kontinentalen Mächte nicht unterlegen seien. In Berlin sei der Brennpunkt, wo der Zusammenprall dieser Kräfte klar zu erkennen und wo sich jeder Bürger dessen bewußt sei.

Am Vormittag war Attlee vom geschäftsführenden Berliner Regierenden Bürgermeister Dr. Schreiber und dessen Nachfolger Professor Dr. Suhr empfangen worden und hatte sich in das Goldene Buch der Stadt eingeschrieben. Anschließend besichtigte er die Stadt und sprach sich besonders anerkennend über den Fortschritt des Berliner Wohnungsbaus aus. Am Nachmittag legte er am Grabe Ernst Reuters einen Kranz nieder.

## Kaiserlicher Besuch

Bonn (DPA). Der Schah von Persien und die Kaiserin Soraya werden voraussichtlich am 23. Februar zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik eintreffen.

## Gruß an die Sowjetzone

### Jahresversammlung des Bundes der katholischen Jugend

Berlin (Eigenmeldung). Mit einer Großkundgebung endete die Jahresversammlung des Bundes der deutschen katholischen Jugend des Bistums Berlin im Auditorium Maximum der Freien Universität.

Bischof Weskamm wies auf die enge Zusammengehörigkeit der katholischen Jugend Westberlins, der Bundesrepublik und der Sowjetzone sowie Ostberlins hin, auch wenn in der Sowjetzone und in Ostberlin keine organisierte katholische Jugendbewegung bestehe. „Dorthin geht unser Gruß, und ich denke, sie werden es hören“, sagte der Bischof.

Auch der Bundesführer Köpp-

ler bekannte, daß die katholische Jugend niemals ihr „Ja“ zur Teilung Deutschlands gebe. Köppler stellte fest, daß die katholische Jugend „Ja“ zum Verteidigungsbeitrag gesagt habe, weil sie sich zu einem Staat der Ordnung und Freiheit und zur Demokratie bekenne.

## 237 Millionen Verlust

Berlin (AP). Etwa 237 Mill. Ostmark beträgt nach Informationen des Untersuchungsausschusses freier Juristen das vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft für 1954 vorläufig errechnete Defizit der volkseigenen Güter in der Sowjetzone.



## Durchsichtige Aktion Moskaus

„Erklärung zur Deutschlandfrage“ — Unklar wie immer

Moskau (AP/DPA). Die Sowjetunion hat neue Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands gefordert und gleichzeitig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik vorgeschlagen. Sie entwickelte dabei ihre Ansichten über die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen. Als Voraussetzung zur Verwirklichung ihres Angebotes nannte sie den Verzicht auf die Wiederbewaffnung Deutschlands.

Die Vorschläge sind in einer „Erklärung der sowjetischen Regierung zur Deutschlandfrage“ enthalten, die der Pressechef des Moskauer Außenministeriums, Iljitschew, am Sonnabend vor der Auslandspresse verlas.

DT. Dieses Mal ist es nicht eine den Westmächten übermittelte Note, sondern eine „Erklärung der sowjetischen Regierung zur Deutschlandfrage“. Wiederum werden Viermächte-Verhandlungen gefordert, um auf der Grundlage „gesamtdeutscher freier Wahlen“ zu einer Lösung der Deutschlandfrage zu gelangen. Moskau erklärt ferner seine Bereitschaft zu einer Normalisierung der sowjetischen Beziehungen zur Bundesrepublik. Das alles wird an die Voraussetzung geknüpft, daß eine Wiederbewaffnung Deutschlands unterbleibt; die Ratifizierung der Verträge würde, so heißt es in der Erklärung, eine neue Lage schaffen, die eine Wiedervereinigung unmöglich mache.

Das ist dieses Mal eine sowjetische Aktion, die unmittelbar an die Adresse Deutschlands gerichtet ist. Moskau zielt auf Bonn. Es wird ausführlich Bezug genommen auf die bevorstehende Entscheidung des Bundestages über die Verträge, und es wird deutlich sichtbar, daß die Verhinderung dieser Entscheidung das allererste Ziel der sowjetischen Politik ist.

Das, was für einen solchen Verzicht angeboten wird, nämlich „gesamtdeutsche freie Wahlen“ für das Jahr 1955 und diplomatische Normalisierung zwischen Bonn und Moskau — das ist eine etwas merkwürdige Verknüpfung der deutschen Wiedervereinigung mit einer „koexistenzellen Neigung“ zur Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands.

Die Forderung Moskaus ist sehr klar präzisiert, weniger

klar aber die Bereitschaft zur Wiedervereinigung Deutschlands unter der unverzichtbaren Voraussetzung der Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit, die erfüllt werden muß, wenn eine verständliche Lösung ermöglicht werden soll.

Die sowjetische Erklärung wird von den Regierungen der Westmächte und selbstverständlich auch in Bonn sorgfältig dahin geprüft werden müssen, ob sie neue Elemente enthält, die zu einer Verständigung führen könnten. Wir haben bereits zu viele diplomatische Manöver, zu viele leere Propaganda und zu wenig überzeugende Handlungen der sowjetischen Politik erlebt, als daß wir Worten ohne weiteres vertrauen könnten.

## Gutes Konferenzergebnis

Genugung über Annäherung Adenauer—Mendès-France

Baden-Baden (AP/DPA). Zehn Stunden dauerte eine Konferenz zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France in Baden-Baden. In Erklärungen vor der Presse brachten beide Regierungschefs anschließend zum Ausdruck, daß bei den Besprechungen Übereinstimmung erzielt worden sei und man auch eine Reihe Beschlüsse gefaßt habe. Adenauer betonte: „Ich bin glücklich, sagen zu können, daß das deutsch-französische Verhältnis sich durch diesen Tag gefestigt hat.“

Im Verlauf der Konferenz bestätigten die beiden Staatsmänner erneut, daß sowohl die deutsche als auch die französische Regierung entschlossen sind, trotz aller massiver östlicher Störmanöver allen Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus der Unterzeichnung der Pariser Verträge ergeben.

Nach einem in der Nacht zum Sonnabend von den Verhand-

Das ist ja überhaupt das Problem: daß Moskau zwar immer wieder in Noten und Erklärungen spricht, aber niemals mit der notwendigen Klarheit und Verbindlichkeit das sagt, was es wirklich meint. An dieser Zweideutigkeit scheitern immer wieder die Pläne zu einer neuen Viererkonferenz.

Das ist auch das, was Mendès-France in der Debatte der Nationalversammlung über die Pariser Verträge der sowjetischen Politik vorgehalten hat. Er hat Moskau geradezu angeboten, doch endlich einmal zu sagen, wozu die sowjetische Politik eigentlich bereit sei.

Die Politik des Westens beruht geradezu auf der Tatsache, daß das, was hier der sehr verständigungswillige französische Regierungschef von Moskau erwartet, bisher von Moskau ständig unterlassen worden ist.

Es ist auch heute noch manches möglich, wenn diese Klärung eindeutig erfolgt. Nicht mehr möglich ist es jedoch, die nun vorgezeichnete Politik des Westens durch bloße Manöver und Propagandaaktionen aufzuhalten.

lungspartnern herausgegebenen Kommuniqué soll die Volksabstimmung an der Saar von einer Kommission der Staaten der Westeuropäischen Union überwacht werden. Die britische und die amerikanische Regierung sollen gebeten werden, das Abkommen zu garantieren. Weiter sollen die Rüstungsprogramme der Staaten der Westeuropäischen Union miteinander in Einklang gebracht werden.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde der Handelsvertrag für das laufende halbe Jahr, der eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Exporte Frankreichs in die Bundesrepublik vorsieht, unterzeichnet.

## 10 Jahre Außenminister

London (DPA). Sir Anthony Eden feiert sein zehnjähriges Jubiläum als britischer Außenminister. Er leitete das Foreign Office von 1935 bis 1938, dann von 1940 bis 1945 und dann wieder von 1951 bis jetzt.



## Neuer Stil im Bundestag

Die äußere Form soll würdiger werden

Bonn (Eigenbericht). Nach fünf Jahren anstrengender Gesetzesarbeit will jetzt der Bundestag seinen äußeren Arbeitsstil erneuern und verfeinern. Eine Versammlung von feierlich gekleideten Herren im Bratenrock soll allerdings nicht aus dem Bundestag gemacht werden. Wohl aber will man der Arbeit und dem täglichen Leben im Bundestag in seiner ganzen Breite „Lichter aufsetzen“, die die Bedeutung dieses Hauses noch sichtbarer zum Ausdruck bringen sollen.

Die Initiative zu den Reformen geht von der Regierungskoalition aus. Anlaß dazu war die neue Methode der Zwischenfragen im Parlament. Man überlegt, für diese Zwischenfragen eine Einleitungsformel festzulegen. „Erlaubt das ehrenwerte Mitglied der Opposition eine Zwischenfrage...“, so etwa könnte das aussehen. „Der ehrenwerte Abgeordnete aus...“, heißt in England die Anrede, dem Land des klassischen parlamentarischen Stils.

Eine andere Überlegung geht

dahin, die Stellung des Präsidenten auch äußerlich dadurch zu betonen, daß sich der versammelte Bundestag erhebt, wenn der Präsident eintritt und seinen Platz einnimmt.

Ein Sorgenkind aller Parlamentarier, die sich um Stil und Würde für das Parlament bemühen, ist das Bundeshausrestaurant, das an eine GmbH verpachtet ist und von ihr wie irgendein Lokal geführt werden

kann. Heute Schlußball einer Tanzstunde, morgen eine Modenschau mit entsprechenden Mannequins, dann ein Tanz bis zum frühen Morgen, so ging das bisher... und die Pächter konnten schließlich auch nicht immer auf ihr Geschäft verzichten.

Doch so geht es nicht weiter, das ist allgemeine Ansicht. Das Bundeshausrestaurant soll deshalb ein Betrieb in eigener Regie des Bundestages werden, sobald sich der allerdings auf fünf Jahre abgeschlossene Vertrag ablösen läßt.

## Bert Brecht wagte es doch nicht

Sollte in einer westlichen Zeitschrift schreiben

Berlin (DPA). Das Angebot des Herausgebers des in Westberlin erscheinenden „Monat“, Melvin J. Lasky, an Bert Brecht, für seine Zeitschrift einen Aufsatz über Kulturfragen zu schreiben, während Lasky sich dafür in einer östlichen Zeitschrift äußern wollte, wurde jetzt von Sowjetunionminister J. R. Becher (SED) zurückgewiesen. Das Angebot, das Brecht bereits grundsätzlich angenommen hatte, war Ende des vergangenen Jahres während

einer Diskussion zwischen Brecht, Becher und Westberliner Journalisten gemacht worden.

Als die von Lasky gegebene Frist für das Einreichen des vorgeschlagenen Brecht-Aufsatzes verstrichen war, hatte der Herausgeber des „Monat“ seiner Zeitschrift eine leere Seite eingefügt mit der Überschrift: „Bert Brecht: Was ich von der künstlerischen Freiheit halte.“

## Abwanderung nach Osten

Bonn (Eigenmeldung). Staatssekretär Dr. Naam vom Bundesvertriebenenministerium hat in Bonn erklärt, die wachsende Abwanderung von Einwohnern des Bundesgebietes in die Sowjetzone sei „keine alarmierende Entwicklung“. Sie bedeute nichts anderes als die Wiederherstellung alter familiärer Verhältnisse, die vorher ein Jahrzehnt hindurch willkürlich unterbunden gewesen seien. Genaue Zahlen seien nicht zu ermitteln, da jedermann in die Sowjetzone gehen könne, ohne sich in seinem bisherigen Wohnsitz abzumelden.

Nach den bisherigen Feststellungen habe die Abwanderung vor dem 17. Juni 1953 rund 1000 Personen im Vierteljahr betragen, danach sei sie ständig gestiegen. Nach dem 17. Juni meldeten sich zuerst 4000 im Vierteljahr nach dem Osten ab, dann 5000 und in den ersten beiden Vierteljahren 1954 6000 beziehungsweise 7000.

## Zusammenstoße in Indochina

Kommunisten gegen Katholiken

Hanoi (AP). Schwere Zusammenstoße zwischen der kommunistischen Vietminh - „Volksarmee“ und 10 000 vietnamesischen Katholiken, die nach Süd-vietnam auszuwandern wünschen, wurden aus Hanoi gemeldet.

Nach einem Bericht der französischen Nachrichtenagentur kam es sogar zu einer regelrechten Schlacht. Die Katholiken hatten sich bei Balang versammelt, um die Aufmerksamkeit der Waffenstillstandskommission auf ihre Lage zu lenken.

Auch im Südtel des Tonking-Deltas waren schon einmal 10 000 Katholiken zusammengekommen und hatten durch Intervention der Waffenstillstandskommission die Genehmigung zur Abreise nach Süd-vietnam erhalten.

## „Propagandamanöver“

London/Paris (DPA). London und Paris haben die am Don-

nerstag veröffentlichte Sowjetnote mit dem Protest gegen die deutsche Wiederbewaffnung unter Hinweis auf das Genfer Giftgas-Protokoll als ein weiteres Propagandamanöver gegen die Pariser Verträge bezeichnet.

Der Inhalt lasse deutlich erkennen, daß es der Sowjetunion allmählich schwer falle, überzeugende Ansatzpunkte für ihre Beeinflussungs- und Verwirrungsversuche zu finden. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums betonte, in den Pariser Verträgen sei kein Hinweis dafür enthalten, daß die Vertragsmächte einen Giftgaskrieg beabsichtigen.

## Erstes Atom-U-Boot

Washington (DPA). Das erste Atom-U-Boot der Welt, die amerikanische „Nautilus“, wird jetzt zu den ersten Probefahrten auslaufen.



# Die Flucht von der „Jaroslaw Dobrowski“

## Ein polnischer Seemann berichtet von seinem Weg in die Freiheit

Antoni Klimowicz, einer der vielen Matrosen, Seeleute und Schiffsoffiziere der polnischen Handelsmarine, die in den letzten Jahren ins westliche Ausland flüchteten, hat in einem ausführlichen, erregenden Bericht seine Flucht geschildert, die fast noch mißglückt wäre, wenn nicht im Hafen von London vom kleinen Dockarbeiter bis zum Diplomaten sich jeder bemüht hätte, ihn von dem polnischen Schiff „Jaroslaw Dobrowski“ auf sicheren westlichen Boden zu holen.

Heimlich hatte sich Klimowicz, Sohn eines polnischen Arbeiters mit Hilfe seines alten Seemannsbuches in Gdingen an Bord geschmuggelt und im Laderaum versteckt. Als die „Jaroslaw Dobrowski“ in London ankam, war er fast verhungert und verdurstet. Englische Dockarbeiter fanden ihn beim Entladen, wollten ihn an Land bringen. Die Polen wollten den Flüchtling nicht freigeben. Was dann geschah, ging durch die Weltpresse. Und so schildert Klimowicz die dramatische Auseinandersetzung, bei der es für ihn um Sein oder Nichtsein ging:

Ich sagte den beiden freundlichen aber erstaunten Gesichtern der Engländer, die mich entdeckten, über mir: „Wasser, Zigarette und Asyl, bitte.“ Ich fühlte, wie mich kräftige Arme hochhoben. Dann sahen sie erst, in welchem Zustand ich mich befand. Aber sie wußten nicht, was sie mit mir anfangen sollten.

Plötzlich fiel ein dunkler Schatten über den Lukendeckel. Ich hörte einen polnischen Fluch, und zwei Männer schlangen ihre Körper durch die Luke. Sie gehörten zur Mannschaft. Sie rannten auf mich zu, ergriffen mich. „Wer bist du? Wie kamst du hier herein? Du wolltest fliehen?“

### „Ich bitte um Asyl“

„Ich möchte mit der englischen Polizei sprechen“, sagte ich auf polnisch, während die Matrosen mich so durchschüttelten, daß mir die Zähne aufeinanderschlugen. „Ich bitte um englisches Asyl.“ — „Du kommst mit uns, du hübscher Vogel!“ Sie versuchten, mich mitzuschleppen. Dann griff einer der Dockarbeiter ein, der, der mich entdeckt hatte.

Wild gestikulierend sagte er den Matrosen, sie sollten mich

auf die Ladefläche des Krans legen. Sein Freund kletterte mit darauf und hielt mich fast zärtlich fest, während der Kran aus dem dunklen Laderaum ins helle Tageslicht kreischend hochgehievt wurde. Vorsichtig und ruhig setzte uns der Kranführer an Deck. Schon umstanden mich Leute. Flüche ertönten.

Dann tauchte unter den Gesichtern eines auf, das ich kannte. Es gehörte dem griechischen Zimmermann Deferes, der Schrecken des ganzen Schiffes und ein fanatischer Kommunist. „Wir kennen uns doch“, sagte er und stierte mich an. „So, so, du wolltest türmen, du rüddiger Hund!“ Gleichzeitig baute sich vor mir der Politoffizier des Schiffes auf. Er tobte vor Wut.

Sie führten mich in die Kapitänskajüte und fragten mich unter Flüchen, Puffen und Drohungen viele Fragen. So gut ich konnte, bestand ich darauf, an Land gebracht und der britischen Polizei übergeben zu werden.

Würde jemand von meinem Geschick erfahren? Ein Schiffsoffizier trat herein, und in seiner Begleitung kam ein ruhiger Mann in Zivil. Er sah mich scharf und fragend an. Dann sprach er den Kapitän in gutem Polnisch an und erklärte, er sei englischer Immigrationsbeamter, und ob es wahr sei, daß da ein Mann sei, der um Asyl gebeten habe?

Ehe jemand etwas sagen konnte, wiederholte ich meine Bitte um Asylgewährung und übergab meine Papiere. Wunder, o Wunder! Der britische Beamte nahm sie. Die Proteste des Kapitän mißachtend, sagte er, daß er darüber nicht entscheiden könne, sondern den Fall seinem Vorgesetzten vor-

zutragen habe. Dann ging er hinaus.

Schließlich brachten sie mich in die kleine Kajüte, offiziell die Krankenkoje des Schiffes. Hier hielten sie mich gefangen.

Ein Beamter des polnischen Konsulats in London kam an Bord, nur um mit mir zu sprechen, er sang eine andere Melodie. Er sagte mir, daß ich einen Fehler gemacht habe, aber ich sei ein junger Mann und verstehe es wohl nicht. Ich hätte noch immer die Möglichkeit, mein Unrecht einzusehen und den rechten Weg einzuschlagen. Um zu zeigen, daß ich willens war, den rechten Weg einzuschlagen, sollte ich nur erklären, daß alles ein Mißverständnis gewesen sei; daß ich gar nicht fliehen wollte.

Dies alles sollte die Briten dazu bringen, meinen Fall ohne weiteres großes Aufsehen zu den Akten zu legen.

### Versteckt

Die Stunden schlichen dahin. Und nichts geschah. Plötzlich hörte ich schnelle Schritte im Gang. Jemand bellte Befehle. Der Matrose in meiner Kabine lief schnell hinaus und ich hörte mahelnde Geräusche des sich drehenden Schlüssels im Türschloß. Ich war eingeschlossen, versteckt, begraben.

Stille. Geräusche kamen auf mich zu — das Geräusch von den Schuhen vieler Menschen — und der Klang englischer Laute und zorniger polnischer Stimmen in schlechtem Englisch. Ich wollte laut rufen: „Hier bin ich“, und konnte es nicht. Die Worte blieben mir in der Kehle stecken.

Jemand versuchte die Tür von außen zu öffnen, und eine feste englische Stimme stellte eine Frage. Dann hörte ich den Kapitän sagen: „Der Schlüssel ist verlorengegangen, ich habe ihn nicht.“ Einen Augenblick war alles still, dann erzitterte die Tür unter einem fürchterlichen Stoß. Die Äxte der britischen Polizei schlugen die Tür ein. Plötzlich war sie offen, und die Freiheit persönlich trat in blaue Uniformen gekleidet in meine Kajüte.

(Fortsetzung auf S. 7)



## „Verdienste um das Zwerchfell“

### Fiasko einer Pankower Handelsdelegation

Es war einmal eine Delegation des Pankower Ministeriums für Handel und Versorgung und der DHZ Gummi, Asbest und Kunststoffe. Die wurde von ihrer Behörde in die Tschechoslowakei geschickt, um Bereitungen für Motorräder und Lastkraftwagen einzukaufen. Der Anführer hieß Roßbach, sein Stellvertreter Finke. Ihre Reise hat die Sowjetzone 2,4 Millionen DM — außer Spesen — gekostet und den Reisenden selbst unvergänglichen Ruhm eingebracht.

Roßbach fuhr mit seinen Mannen bis in die tiefe Slowakei und entdeckte dort herrliche Motorradbereifungen aus Naturgummi, Format 25 × 26. Dazu Lkw-Schläuche, von denen sie hell begeistert waren. Es ergab sich jedoch eine Schwierigkeit: Die Ware war bereits an Polen verkauft. Bagatelle für einen sowjetzonalen Handelsparlamentär! Es wurde verhandelt: Die Sowjetzone kompensiert dafür eine andere Lieferung nach Polen, die Tschechoslowakei liefert den Roßbachschen Mannern für 2,4 Millionen Bereifungen aus.

Als die Unterhändler mit vielen Ehren wieder in der Heimat empfangen worden waren und die Bereifungen bereits im Reifendepot Fürstenwalde lagerten, kam ein ganz untergeordneter kleiner Angestellter dahinter, daß in der Sowjetzone die Reifentype 25 × 26 gar nicht ge-

braucht wird, weil man sie selbst herstellt. Gebraucht wurden viel größere Reifen für die Krads der Volkspolizei! Und was die Lkw-Reifen betrifft: Die von Roßbach und Finke erworbenen paßten zwar auf eine ehemalige sowjetische Militärlastwagen-Type, die in der KVP aber noch nicht eingeführt worden ist, geschweige denn im Zivilverkehr.

Der sowjetzonale „Eulenspiegel“, eine satirische Zeitschrift, hat sich der Sache später gleichfalls angenommen und erklärt, Roßbach und Kumpanen hätten sich unzweifelhaft um „das demokratische Zwerchfell“ verdient gemacht. Was angesichts der Tatsache, daß die Tschechen die Reifen nicht zurückgenommen haben, allerdings bezweifelt werden muß.

## Polen verbietet Religionsunterricht

München (KNA). Der Religionsunterricht an den polnischen Volksschulen wurde jetzt vom Kultusministerium verboten. Es wird künftig nur noch möglich sein, den Kindern Religionsunterricht in der Kirche oder zu Hause zu erteilen.

Die polnische Bevölkerung, die gezwungen ist, diese kirchenfeindlichen Maßnahmen hinzunehmen, zeigt durch immer stärkere Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen ihr Interesse an religiösen Dingen. Wie erst jetzt bekannt wird, fanden sich am Dreikönigsfest

## Schluß mit Kultura

Berlin (DPA). Der Leiter und Intendant des größten sogenannten Kulturpalastes in der Sowjetzone, „Wilhelm Pieck“ in Bitterfeld, Arthur Günnel, ist mit seiner Familie nach Westberlin geflüchtet.

## Er soll weiterwüten

Berlin (AP). Die Sowjetzonen-Volkskammer hat Dr. Ernst Melsheimer für weitere fünf Jahre zum Generalstaatsanwalt der Sowjetzone gewählt. Melsheimer ist nach Informationen des Untersuchungsausschusses freirechtlicher Juristen bisher für 70 Todesurteile und 200 lebenslängliche Zuchthausstrafen verantwortlich.

## Der letzte Gefangene

Bonn (DPA). Der letzte deutsche Kriegsgefangene wurde von den kanadischen Behörden freigelassen.

in Deborce unweit Jaslo bei einem Gottesdienst 100 000 Gläubige zusammen.

## Theologische Fakultät aufgelöst

Wien (AP). Die einzige evangelisch-theologische Fakultät Polens in Warschau ist von den polnischen Behörden aufgelöst worden. Dies meldet der Wiener Katholische Nachrichtendienst „Katpress“.

## „Anregungen“

Berlin (Eigenmeldung). Eine sowjetische „Arbeiterdelegation“ besuchte im November sämtliche Stahl- und Walzwerke der „DDR“. Nach Abschluß dieser Besichtigungsreise wurden auf Veranlassung der Hauptverwaltung Metallurgie des Ministeriums für Schwerindustrie in einigen Werken, so in Riesa und in Brandenburg, Anfang Dezember sogenannte Produktionsbesprechungen abgehalten. Ziel dieser Besprechungen war, durch die „Anregungen“ der sowjetischen Kollegen zu einer allgemeinen Produktionserhöhung zu gelangen. Diese geplante Steigerung des Produktionsanstosses für 1955 ist nach Ansicht von Fachleuten der „DDR“ nur durch eine Normerhöhung zu erreichen.

## 80 Polizisten als Befreier

Fortsetzung von Seite 6

„Sie sind frei!“, sagte jemand, ein Mann in Zivil, auf polnisch zu mir. Dann führten sie mich an Deck.

Später hörte ich, daß man 80 britische Polizisten mit der Aufgabe meiner Befreiung betraut hatte, daß der Zerstörer „Obdurate“ ausgelaufen war und ein zweiter in Chatham in Bereitschaft lag.

„Aber warum?“ fragte ich, verwirrt und überwältigt. Dies war die Antwort:

„Freie Polen, ihre Freunde,

intervenierten beim Parlament, in politischen Kreisen, bei der Regierung und der Presse. Das Innenministerium und das Auswärtige Amt diskutierten ihren Fall.“

„Sie konnten sich nicht einigen, was zu tun sei. So wandten sie sich an ihren Vorgesetzten — an Sir Winston selbst.“ Und Churchill sagte: „Holt den Jungen von Bord — so erzählen es die Leute. „Aber der Kapitän wird es nicht zulassen“, antwortete man ihm. Und da soll Churchill gesagt haben: „Dann schickt sechs Zerstörer!“



# Griechen schwärmen für ihre Königin

Das Vorbild der Mädchen — Filmbilder verpönt

Wenn verliebte junge Griechen ihre Herzallerliebste in einen Athener Zypressenhain entführen und ihr auf einer Bank schließlich zärtlich etwas ins Ohr flüstern, kann es passieren, daß sie nicht aus dem Vornamen des Mädchens einen Kosennamen formen, sondern statt dessen sagen: „Auch du, meine liebe, süße Friederike!“

Und das Mädchen wird sich darauf höchstens noch inniger an das Herz des jungen Mannes schmiegen, nicht aber etwa ernüchtert auffahren und gereizt

**Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundert dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 68 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.**

fragen: „Friederike?! Du hast dich wohl in der Adresse geirrt! Betrügst du mich?“ Sie wird vielmehr verklärt lächeln; denn „Friederike“ ist der Name der griechischen Königin, der von vielen jungen Männern als Kosename höchsten Grades für die Verlobte angewendet wird.

Königin Friederike ist für die jungen Mädchen und auch Männer in Griechenland der Gott

Amor, Aphrodite und ein Idol in einer Person. Eine junge Griechin kann sehr böse werden, wenn jemand behaupten wollte, eine andere Frau sei schöner als die Königin. Und diese Ansicht wissen die Männer eben zu nutzen, indem sie eben ihre Angebetete „süße Friederike“ nennen.

Die griechischen Fotogeschäfte und Papierhandlungen haben die besonders vorteilhaften Bilder der Königin ständig ausverkauft. Erstaunlicherweise

hält sich die Zahl der jungen männlichen Kunden mit den weiblichen die Waage. Keine junge Griechin würde etwa auf den Gedanken kommen, sich dutzendweise Bilder von Filmschauspielern und -schauspielerinnen zu kaufen. Sie sammeln Friederikebilder, und ganz stolze junge Damen können von sich behaupten, daß sie fünf Dutzend verschiedene großformatige Fotografien und Gemälde von der Königin besitzen.

Filmstarbilder sind in Griechenland ganz einfach verpönt. „Wir griechischen Frauen und Mädchen himmeln unsere Königin an, nicht aber irgendeinen komischen Schauspieler. Wir sind eben anders als manche andere Europäerin!“ erklärte mit aller Deutlichkeit eine prominente Frauenvereinsvorsitzende.

## Nächster Kirchentag in Frankfurt/M.

Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages hat eine Einladung der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau und des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Kolb angenommen, den Kirchentag

im August 1956 in Frankfurt zu veranstalten.

## Fernsehen verdreifacht

Das Fernsehen in der Bundesrepublik hat einen ungeahnten Aufschwung genommen. Im abgelaufenen Jahr hat die deutsche Fernsehindustrie mit der Produktion von 146 000 Geräten, von denen zwölf Prozent exportiert wurden, ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr nahezu verdreifacht.

## Künstliche Monde in zwei Jahren?

Künstliche Erdsatelliten, die weniger kosten sollen als ein Langstreckenbomber, könnten etwa in zwei Jahren von den Amerikanern ins Weltall hinausgeschickt werden. Dies behauptete Prof. Fred Singer.

Der unbemannte künstliche Himmelskörper soll ein Zylinder mit einem Durchmesser von 30 Zentimeter sein, der mit meteorologischen und elektrischen Instrumenten ausgestattet ist. Ein Dreiersatz von Raketen soll ihn durch die

Atmosphäre stoßen und in seine „Planetenbahn“ dirigieren, die er mit einer Geschwindigkeit von rund 27 000 km/st durchmessen würde. Mit dieser Geschwindigkeit sei er wie der Mond an die Erde gefesselt. Der künstliche Satellit könnte mit Meßinstrumenten für die kosmischen Strahlungen, die das Wetter und die Funkverbindungen beeinflussen, versehen werden. Derartige Informationen würden einen sehr großen militärischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Wert haben.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorflplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.